az online Altmark Zeitung 02.02.2010 - Altmarkzeitung

FAG-Novelle: "...dann können wir hier das Licht ausmachen"

Altmark-Kommunen in Finanznot: Linke Politiker hörten sich Sorgen der Einheitsgemeinde Kalbe an

KALBE (cn). Die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) bringt kommunalen Gebilden mit vergleichsweise geringer Einwohnerzahl riesige Nachteile. Allein die Einheitsgemeinde Kalbe muss in Sachen Zuweisungen mit einem Minus von etwa 760000 Euro rechnen. Bürgermeister Karsten Ruth ersuchte gestern Katrin Kunert, Bundestagsabgeordnete der Linken, sowie den Landtagsabgeordneten der Linken, Hans-Jörg Krause, um Unterstützung im Kampf gegen diese Gesetzesänderung. Beide weilten zum Arbeitsbesuch im Rathaus.

"Wenn die Logik, die sich in diesem Gesetz findet, weitergeführt wird, können wir hier in der Altmark das Licht ausmachen." Katrin Kunert, ihres Zeichens nicht nur kommunalpolitische Sprecherin der Linke-Bundestagsfraktion, sondern auch Kreistags- und Stadtratsabgeordnete in Stendal, redete gestern Tacheles. Sie und ihr Parteifreund, der Landtagsabgeordnete Hans-Jörg Krause, statteten im Rahmen ihrer Wahlkreisarbeit der Einheitsgemeinde Kalbe einen Besuch ab. Und die plagt sich derzeit mit großen Sorgen.

So ist durch die Änderungen im sachsen-anhaltinischen FAG, das keinen Flächenbonus mehr bietet und durch das nun eine aufgabenorientiertere Mittelverteilung von oben nach unten erfolgt, ein deutliches Minus an Zuweisungen zu erwarten (wir berichteten).

Weil auch der riesige Altmarkkreis mit seinen vergleichsweise wenigen Einwohnern einen Nachteil in Millionenhöhe erleiden und er seine Kreisumlage folglich erhöhen dürfte, ist hierdurch eine weitere Belastung für die Kommunen, ergo auch die Einheitsgemeinde Kalbe, zu erwarten.

"Wir müssen eine Allianz schmieden, durch die unsere Sorgen an den Ministerpräsidenten herangetragen werden", appellierte Bürgermeister Ruth an Kunert und Krause. Er wurde dabei auch durch deren Parteifreund, den Chef der Stadtratsfraktion der Linken, Werner Gromeier, unterstützt. "Wir reden hier", so dessen Worte, "über kommunale Selbstverwaltung - und können sie doch gar nicht mehr leisten."

Der "massive Eingriff in die Kommunalfinanzen", den die FAG-Novelle mit sich bringe, lasse, so auch Karsten Ruth, im Umkehrschluss nur eines zu: Dass nämlich kaum noch Mittel für freiwillige Leistungen zur Verfügung stünden. Diese seien ohnehin längst auf ein Mindestmaß zurückgefahren. Eine erneute Reduzierung würde dazu beitragen, dass die Region weiter an Attraktivität verliere und sich der demographische Wandel noch schneller vollziehe als bisher.

Diese Erkenntnis sei insofern besonders bitter, als dass Ende des vergangenen Jahres durch eine Bedarfszuweisung des Landes "eine Situation geschaffen worden war, durch die der Haushaltsplan fast ausgeglichen war. Für uns", so Karsten Ruth angesichts der bis dato recht schwierigen Finanzsituation der Stadt Kalbe, "war das ein riesiger Erfolg". Nun seien aber dank des FAG neue große Haushaltsslöcher zu erwarten, deren Notwendigkeit dem Bürger nicht zu vermitteln sei. "Wir werden von ihm daran gemessen, was er visuell wahrnehmen kann." Zwar habe sich diesbezüglich 2009 einiges in der Stadt Kalbe und ihrer Umgebung getan. "Aber wenn ich jetzt die Säge ansetze, dann gefährde ich die Grundsubstanz", so der Einheitsgemeindebürgermeister.

Er bat Katrin Kunert zudem um Unterstützung in Sachen Altschulden. Auch die Stadt Kalbe schlage sich mit einem daraus resultierenden Minus von rund zwei Millionen Euro herum, "obwohl die betreffenden Wohnblöcke gar nicht mehr in ihrem Besitz sind." Hier sei bekanntlich nur auf Bundesebene etwas an der Gesetzgebung zu ändern.